

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt. Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/2 3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altenburgerstr. 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wollenburg bei Herrn Einnus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Frl. Schmidt, Postagentur.

Ercheint werktäglich Nachmittags. Bezugspreis monatlich im voraus 1.80 RMk. frei ins Haus. Einzelne Nr. 10 R.-Pfg., Sonntags-Nr. 30 R.-Pfg. Anzeigenpreise: 6gezp. Petitzeile 15 R.-Pfg. ausserhalb des Bezirkes 20 R.-Pfg., 3gezp. Petitzelle 45 R.-Pfg., Sinweise auf Anzeigen und Eingefandte 10 R.-Pfg., Nachweise und Offertengebühr 20 R.-Pfg., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Sugleich weit verbreitet in den Ortshafien der Standesamtsbezirke Altwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Raufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 110 Mittwoch, den 13. Mai 1931 53. Jahrgang.

Verhängung des Kriegszustandes über Madrid.

In der letzten Sitzung des Reichskabinetts wurde die bevorstehende Tagung des Europa-Ausschusses besprochen. Reichsfinanzminister Dietrich erklärte in einer Rede, daß die Tributlasten auf die Dauer unmöglich seien. Bei der Reichspost ist der Verkehr stark zurückgegangen. In Berlin wurde am Sonntag das Luftschiffdenkmal eingeweiht. Der Vertrag der evangelischen Landeskirchen mit dem preussischen Staate ist unterzeichnet worden. Bei der Landesaufnahme Berlin wurden 5 Beamte wegen Unterschlagungen verhaftet. Im Karlsruher Stadtparlament kam es gestern zu einer Stühlschlacht. Auf Professor Günther in Jena wurde ein Mordanschlag verübt. In dem Sonderauschuss für Kriegsvordringende Maßnahmen zeigen sich scharfe Gegensätze, die durch die verschiedenen Auffassungen Deutschlands und Frankreichs hervorgerufen wurden. Brand hat sich bereit erklärt, für die Präsidentschaftswahl zu kandidieren. In Madrid sind 10 Klöster und die Jesuitenuniversität in Brand gesteckt worden. Die Denkwürdigkeiten Bülows wurden in England verboten. In Norwegen ist eine neue Regierung gebildet worden. In China machen sich nationale Bestrebungen geltend.

Waldenburg, 12. Mai 1931.

Was weiß der Durchschnittsbürger eigentlich heute von seiner Stadt, ihrem Organismus, ihrer Verwaltung und ihrer mannigfaltigen Einrichtungen? Es ist im allgemeinen ziemlich wenig. Das alteingesessene, an Haus und Geschäft gewohnte Großbürgertum hat unter den veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen seinen früheren, für das Stadtleben beherrschenden Einfluß zu einem wesentlichen Teil verloren; nicht zuletzt auch dadurch, daß sich bei jungen Führern dieses Bürgertums mit der wachsenden Ausdehnung ihrer Unternehmungen allzu häufig die enge Verbundenheit mit der Heimatstadt gelockert hat. Auch die Beamten, manche höheren Angestellten der Privatwirtschaft, fühlen sich heute oft nur als vorübergehende Gäste in der Stadt ihres Berufes. So wäre es um die sogenannte Bodenständigkeit der Bevölkerung recht schlecht bestellt, wenn nicht ein großer Teil der aus der Umgebung zugezogenen Arbeiterschaft selbst national lokalpatriotisch gefinnene Mittelstand sind heute die eigentlichen Träger des Interesses an den Geschicken der Stadt.

Freilich bedeutet dieses Interesse allein noch nicht das Vorliegen einer Verantwortung an Stadtganzen und die Bestimmung einer wirklichen Bürgergenossenschaft. Die einen sehen die Stadt und ihre Verwaltung nur als Rathesherren an, die ihnen in allen schwierigen Lebenslagen beizuspringen vermögen. Die anderen betrachten die Stadt lediglich als einen Lebensort, als eine Art Ausbeute. Beide Gruppen sind aber leider nur allzu oft einig in der Gegnerschaft gegen die Stadtverwaltung. Dieser Situation gegenüber, die heute in allen größeren Städten in höherem oder geringerem Maße vorhanden ist, darf eine Stadtverwaltung nicht untätig stehen. Es kommt nicht nur darauf an, eine gute und gerechte Verwaltung zu führen, sondern es müssen in einer Stadt auch die psychologischen Voraussetzungen geschaffen werden, unter denen ein Wachsen von Stadtgenossenschaft und Bürgergenossenschaft möglich ist. Es wäre schon vieles besser, wenn es gelänge, einer größeren Zahl von Stadtbürgern eine genauere Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse und Einrichtungen zu vermitteln, als bisher der Fall war. Es müßte eigentlich in jeder größeren Stadt eine städtische Werbungs- und Aufklärungsstelle vorhanden sein, die dafür zu sorgen hätte, daß der Bevölkerung die wichtigsten Dinge aus dem Stadtleben immer wieder in besonders anschaulicher Weise nahegebracht werden könnten, indem sie nicht nur Stadtgeschichte pflegen, sondern auch die Stadtgenossenschaft immer wieder bekannt machen. Zur Erreichung dieser Bemühungen könnten regelmäßige Besichtigungen städtischer Einrichtungen dienen, die unentgeltlich oder zu ganz geringem Preis veranstaltet werden müßten. Von Zeit zu Zeit sollte man über aktuelle Fragen der Stadtpolitik öffentliche Vorträge veranstalten, die lediglich die Aufgabe hätten, die Bürgerschaft über die Arbeit der Stadtverwaltung zu informieren. Dem gleichen Zweck würden auch die öffentlichen Sitzungen der Stadtparlamente dienen, wenn es bei den derzeitigen Parteiverhältnissen noch möglich wäre, in ihren Verhandlungen die sachliche Diskussion in den Vordergrund zu stellen.

Von ganz besonderer Bedeutung für die Pflege des Bürgergeistes ist aber das Verhalten der Beamten, die den Bürgern nicht als geschlossene Bürokratie gegenüber treten dürfen, sondern sich berufen fühlen müssen, Dienst am Bürger, wenn man so sagen will, Kundendienst zu leisten. Es ist in dieser Beziehung gegen früher manches besser geworden, aber es kann immer noch besser werden. Vor allem ist es auch notwendig, alle Briefe und Anfragen der Bürger, die an die Stadtverwaltung gelangen, in höflicher und zuvorkommender Weise zu beantworten. Ganz besonders wichtig ist es, in einer Stadt neben verantwortungsbewußten Einzelbürgern Vereinigungen, Gesellschaften, Klubs, gewissermaßen Zellen zu haben, welche in bewußter Weise Gemeinnützigkeit und Bürgergeist pflegen und diese Gesinnung auf ganz bestimmten Gebieten betätigen. Die Förderung aller solcher Bestrebungen ist für eine moderne Stadtverwaltung von der größten Bedeutung, da nur so freiwillige Kräfte für das Ganze locher gemacht werden können.

Es ist selbstverständlich, daß es in einer Zeit der höchsten Ausprägung aller wirtschaftlichen und politischen Gegensätze „unbestrittene Gebiete“ bald überhaupt nicht mehr gibt. Diese Tendenz wird bewußt gefördert von Parteien, die nicht dessen und aufbauen sondern zerstören wollen, um auf Trümmern ihre zweifelhafte Herrschaft aufzurichten. Wir wollen keine blinde Zustimmung zur Arbeit der Stadtverwaltung. Kritik kann aber nur schöpferisch sein, wenn sie gegründet ist auf Kenntnis der Tatsachen und auf Verständnis für die komplizierten Probleme, vor die heute jede Stadtverwaltung in jeder Stadt gestellt ist.

Erregung in Madrid.

Ausschreitungen gegen die monarchistische Vereinigung. Madrid, 12. Mai.

Bei einer Wahlpropagandafahrt der neugegründeten monarchistischen Vereinigung, zu deren Mitgliedern der Besitzer der Madrider Zeitung „ABC“ gehört, kam es zu schweren Ausschreitungen. Schließlich verbrannte die Menge die Autos der Monarchisten, verprügelte und verletzten deren Führer, die von der Polizei im letzten Moment noch mit einem Gefängnisausweis gerettet werden konnten. Als die wütende Menge das Haus der monarchistischen Vereinigung anzünden wollte, griff die Bürgergarde ein, die mit Pfeisen und Schreien empfangen wurde, der es aber schließlich doch gelang, die Anstürmenden abzuwehren.

Diese Vorgänge werden die ohnehin vorhandene Spannung zwischen den gemäßigten republikanischen und radikal-sozialistischen Ratsmitgliedern noch wesentlich erhöhen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dadurch auch das beabsichtigte Zusammengehen der bürgerlichen und sozialistischen Republikaner mit gemeinsamen Listen für die Wahlen zur Nationalversammlung gefährdet wird. Das „ABC“ ist seit der Revolution die Hauptstütze der monarchischen Bewegung und treibt die Bildung einer großen, etwa der Deutschnationalen Volkspartei ähnlichen Partei an, im Gegensatz zu der katholischen Zeitung „El Debate“, die für einen rechtsgerichteten Ordnungsbund eintritt und unter Beiseitlassung des monarchischen Prinzips und hauptsächlichlicher Betonung der kirchlichen Interessen im deutschen Zentrum ihr Vorbild erblickt.

Streikstimmung.

In den Abendstunden durchzog eine ungeheure Menschenmenge protestierend das Stadttinnere. Die Transportarbeiter haben versucht, den Generalstreik auszurufen, worauf zahlreiche Straßenbahnen den Verkehr einstellten und die Autos sich zurückzogen, da die Menge sie mit Gewalt an der Ausübung ihres Dienstes verhinderte. Ein Zeitungsstand in der Hauptstraße, der der katholischen Zeitung „El Debate“ gehört, wurde von den Demonstranten in Brand

gesteckt. Der Innenminister versuchte persönlich, die Menge zu beruhigen.

Vor neuen Unruhen?

Trotz der Aufforderung der Regierung, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen und jede Art von Demonstrationen zu unterlassen, hat sich der am Sonntag begonnene Streik in Madrid weiter ausgedehnt. Mit Ausnahme der lebenswichtigen Betriebe arbeitet niemand. Die Trambahnen verkehren nur teilweise und haben den Betrieb im Stadtzentrum gänzlich eingestellt.

Im Stadttinnern wimmelt es von Menschen, die in unzählige Gruppen verteilt, Straßenrednern zuhören. Diese fordern zum größten Teil eine Ausschaltung der gemäßigten Elemente aus dem Kabinett, und andere wieder begehren das Volk gegen die Kirche und gegen die Klöster auf.

Der Kriegszustand verhängt.

Madrid, 11. Mai. Nach einem Ministerrat hat die Regierung beschlossen, den Kriegszustand in Madrid zu verhängen. Gegen 14 Uhr wurde das Inkrafttreten dieser Maßnahme durch öffentlichen Ausruf der Bevölkerung bekanntgegeben.

Der Montagvormittag war in der ganzen Stadt ruhig verlaufen. Die Regierung hatte durch Militärflugzeuge Auftrufe an die Arbeiterschaft abwerfen lassen, worin diese zur Aufnahme der Arbeit aufgefordert wurde. Daraufhin traten zahlreiche Autotagen ihren Dienst wieder an, zahlreiche Geschäfte, die wegen der Unruhen geschlossen hatten, öffneten wieder ihre Läden.

In dieser Zeit hatten die Kommunisten, unterstützt vom Pöbel, ein im Stadttinnern gelegenes Jesuitenkloster in Brand gesteckt. Es kam dabei zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Kommunisten, bei denen es auf beiden Seiten Verluste gegeben haben soll. Die Menge hinderte die Feuerwehr mit Gewalt daran, Löscharbeiten einzuleiten. Auch an drei anderen Stellen der Stadt sind Brände angelegt worden. Wie bekannt wird, steht auch das Kloster der Karmeliten am Platz von Spanien sowie ein Kloster in einem Vorort in Brand.

Auch die Jesuitenuniversität angezündet

Massenverhaftung in Spanien. Madrid, 12. Mai.

Bei den letzten Ausschreitungen in Spanien offenbarte sich ein wilder Haß gegen die Besitzungen der geistlichen Ordensgesellschaften. So ist jetzt auch die Jesuitenuniversität in Brand gesteckt worden. Bei den Brandstiftungen kam es zu heftigen Kämpfen zwischen Polizei und Demonstranten. Von beiden Seiten wurde geschossen.

Die Regierung macht eine Anzahl Monarchisten für den Ausbruch der Unruhen verantwortlich und hat ihre Verhaftung angeordnet. Mehrere Zeitungen erboten polizeilichen Schutz. Bis auf weiteres sind sämtliche Bürofgeschäfte verboten worden. Während eines Kabinettsrats marschierten starke Demonstrationsskolonnen am Regierungsgebäude vorüber. Das Kabinett empfing eine sechsöpfige Abordnung, die die Erschießung einiger Generale, darunter die des Diktators Berenguer, die Auflösung der Gendarmarie und den Rücktritt des Innenministers forderte.

Bisher zehn Klöster zerstört.

Nach einer Mitteilung des spanischen Innenministeriums sind im Verlaufe der Ausschreitungen der letzten Tage zehn Klöster in Madrid in Brand gesteckt worden. Die Polizei sei Herrin der Lage, und der Verkehr, der längere Zeit geruht habe, beginne wieder zu funktionieren.

Der Ausstand der Bauarbeiter und der Fabrikarbeiter ist fast allgemein. Die Gewerkschaften fordern ihre Mitglieder auf, weiter zu arbeiten und erklären, daß diejenigen, die feierten, die Republik gefährdeten. Im Gegensatz hierzu rufen die Syndikalistischen und Kommunisten zum Streik auf.

Auflösung des Obersten Militärgerichtshofes.

Der spanische Ministerrat hat in derselben Sitzung in der er die erneute Verhaftung des früheren